

Archiv

Verbandsrat der Sozialdemokratischen

Partei Deutschlands Bonn

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

3. NOV. 1965

## TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/214

Bonn, den 8. November 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Übler Stil Vor der Regierungserklärung - Mißachtung des Parlaments	52
2	"Armenhaus des Geistes" ? Ausverkauf der deutschen Wissenschaftler	47
3	Partnerschaft von Staat und Kirchen auf verbesserter Grundlage Höhere Zuschüsse für Berliner Privatschulen	40
4 - 5	Reif für den Zusammenschluß Zum Nationalkongreß der italienischen Sozialisten Von Alexander Kohn-Brandenburg	95
6	Die Schwedin Alva Myrdal Diplomatin, Soziologin und Schriftstellerin, die einzige Frau als Delegierte der UKO-Ausrüstungskonferenz Von Pierre Simonitsch, Genf	48

+ + +

## Übler Stil

### Vor der Regierungserklärung - Mißachtung des Parlaments

sp - Die Legislaturperiode des 5. Deutschen Bundestages beginnt unter peinlichen Umständen: Das neue Kabinett Erhard hat der frei gewählten Vertretung des freien Teils unseres Vaterlandes keinen guten Start gegeben. Die Tribüne des Bundestages wäre der rechte Ort zur Verkündung des von der Regierung beschlossenen Sparprogramms gewesen. Statt dessen hat Erhard den Bildschirm gewählt, und sein Finanzminister Dählgrün die Bundespressekonferenz - ein in demokratischen Ländern kaum denkbarer Vorgang. Er kommt einer Mißachtung des Bundestages gleich und zeugt von einer Einstellung zum Parlament, die für sich spricht. Erst zwei Wochen nach der an diesem Mittwoch zu erfolgenden Regierungserklärung kann der Bundestag in einer Aussprache darüber eintreten. Auch das ist ein übler Stil, der schlechten Vorbildern entspricht. Vor dem Bundestag hat die Regierung zuerst die Pflicht zur Information. Sollen die Abgeordneten nun darüber beraten, was sie ohnehin schon über Rundfunk und Presse, wenn auch nur stückweise, erfahren haben? Diese Methode des Umgangs mit der Volksvertretung ist nicht geeignet, deren Würde und Ansehen in der Bevölkerung zu heben, sie stärkt auch nicht den Prozeß der demokratischen Meinungsbildung, sie führt zur Resignation und zur Verkümmung unseres öffentlichen Lebens.

Das Sparprogramm, Niederschlag gräßlicher Dissonanzen des Streichquartetts, hat in der Öffentlichkeit, wie zu erwarten, verschiedenfaches Echo ausgelöst, zu vielen Protesten geführt und kaum Zustimmung gefunden. In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage, ob das ganze Kabinett mit seiner angelegenen Autorität dahinter steht. Die ersten und berechtigten Zweifel, genährt durch Ministerreden, tauchen schon auf. Einzelne Kabinettsmitglieder wollen nicht wahrhaben, wozu sie mitverantwortlich sind. Das Durcheinander vor und während der Regierungsbildung hält auch weiterhin an. Regierungsbeschlüsse erhalten einander widersprechende Auslegungen. Wo bleibt hier das Wort des Bundeskanzlers, der angeblich die Richtlinien der Politik bestimmt?

Vor den Wahlen hat es zwischen Finanzminister Dählgrün und dem damaligen Wohnungsbauminister Lücke ein bezeichnendes Wortgefecht gegeben. Dählgrün forderte damals unter Berufung auf einen Kabinettsbeschluss Lücke zu drastischen Kürzungen bei der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus für das Jahr 1966 auf, weil nach seiner Auffassung das Wohnungsplansoll weit überschritten sei. Lücke, wie gesagt vor den Wahlen, bestritt die Gültigkeit des Regierungsbeschlusses, widersprach den optimistischen Behauptungen des Finanzministers und ließ von seinem Ministerium aus erklären, der Dählgrün-Brief sei zurückgezogen, besitze keine Gültigkeit und binde nicht das neue Regierungsprogramm. Was aber soll nach dem Willen der Regierung, der wiederum Lücke, wenn auch nicht als Wohnungsbauminister, angehört, geschehen? Dem sozialen Wohnungsbau droht so gut wie die Erdrosselung: Ihm wird die finanzielle Blutzufuhr fast ganz abgeschnitten. Welch unwürdigem Spiel sieht sich der Bundesbürger ausgesetzt. Er kann das Wort eines Bundesministers nicht mehr für voll nehmen, zu viel auf den Tag und zur Täuschung angelegte Berechnung steckt in ihm drin.

Eine Regierung soll ja nicht nur führen, sie soll auch glaubhaft sein und ihre Minister sollen nicht, wie es gerade opportun erscheint, mit verschiedenen Zungen sprechen. Auch der Bundesbürger verdient Vertrauen: das Vertrauen zum Bürger scheint jedoch bei dieser Regierung nicht obenan zu stehen.



## Partnerschaft von Staat und Kirchen auf verbesserter Grundlage

### Höhere Zuschüsse für Berliner Privatschulen

sp - Der Senat des Landes Berlin hat in diesen Tagen eine Verordnung zum Berliner Privatschulgesetz erlassen, das die Staatszuschüsse für die - vor allem katholischen - Privatschulen neu regelt.

Bisher erhielten die anerkannten Privatschulen bis zu 50 Prozent der Personal- und Sachkosten einer vergleichbaren öffentlichen Schule als Zuschuß. Nach der neuen Verordnung wird die Berechnung des Zuschusses auf das Prinzip der Personalkosten umgestellt. Der Staatszuschuß wird bis zu 70 Prozent der Personalkosten einer entsprechenden öffentlichen Schule erhöht. Das Land Berlin beteiligt sich - wie bisher - an den Beiträgen der anerkannten Privatschulen zur Sozialversicherung und Altersversorgung ihrer Lehrer. Neu ist der Zuschlag von 4,9 Prozent auf die Dienstbezüge der Lehrer, die als Beamte im Kirchendienst tätig sind. Der Personenkreis, für dessen Sozialversicherung das Land Berlin durch diesen Zuschlag beiträgt, wird damit erheblich erweitert.

Der Senat wird die finanziellen Auswirkungen mit der sogenannten Nachschiebeliste zum Haushaltsplan 1966 dem Abgeordnetenhaus vorlegen. Die Ansätze, die 1962 bei 3,55 Millionen DM lagen, werden mit dieser Erhöhung auf 5,86 Millionen DM im Jahre 1966 steigen.

Das Berliner Schulwesen und die Stellung des Religionsunterrichts in der Berliner Schule als Angelegenheit der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, werden vielfach als Modell für die Richtung einer deutschen Schulreform angesehen. Durch die Verbesserung der Zuschüsse an Privatschulen dürfte das Modell der öffentlichen Berliner Schule noch an Überzeugungskraft gewinnen. Die öffentlichen Schulen Berlins sind ausnahmslos Gemeinschaftsschulen. Da im Grundgesetz das Recht zur Errichtung privater Schulen gewährleistet wurde, müssen private Volksschulen zugelassen werden, wenn es - wie in Berlin - keine öffentlichen Konfessions- oder Weltanschauungsschulen gibt.

Mit den neuen Verbesserungen ist im schulischen Bereich die Partnerschaft von Staat und Kirchen in Berlin auf eine gute Grundlage gestellt worden, zumal das Land Berlin die Lernmittelfreiheit für die Schüler von Privatschulen im gleichen Umfange wie für die Schüler öffentlicher Schulen gewährleistet. 1962 betrug der Etatsansatz für diesen Zweck 140 000 DM, im Jahre 1965 jedoch bereits 330 000 DM. Ferner erhalten in Berlin die Schüler privater Fachschulen Stipendien aus dem Landeshaushalt.

### Reif für den Zusammenschluß

#### Zum Nationalkongreß der italienischen Sozialisten

A.K.B. - Die Sozialistische Partei Italiens (Nenni-Sozialisten) hat ihren 36. Nationalkongreß für den 10. November 1965 nach Rom einberufen; er wird fünf Tage dauern. Dieser Parteitag wird allenthalben mit Spannung erwartet, weil er, zusammen mit dem Nationalkongreß der Sozialdemokraten im Januar in Neapel in jedem Falle zu Ergebnissen führen muß, die für die politische Entwicklung Italiens von weittragender Bedeutung sein werden.

Bis zu den Parlamentswahlen von 1958 besaß die auch heute noch stärkste Partei, die Democrazia Christiana, die absolute Mehrheit und konnte ohne Rücksicht auf andere Parteien regieren. Die anderen Parteien wurden in die Ecke gedrängt, hatten keinen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte und hatten nur in den kommunalen und provinziellen Körperschaften durch geschickte Zusammenarbeit Chancen zur aktiven Politik. In der gemeinsamen Abwehr gegen die Democrazia Christiana entstanden auf dieser Ebene und in der gewerkschaftlichen Arbeit die engen Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialisten, die heute so schwer zu lösen sind.

Nach den Wahlen von 1958 war die Democrazia Christiana zwar immer noch die stärkste Partei, sie hatte aber die absolute Mehrheit verloren, und mußte sich nach neuen Möglichkeiten umsehen. Nach mehreren, wenig stabilen Minderheitsregierungen kam dann mit parlamentarischer Unterstützung durch die Liberalen und die Neofaschisten im März 1960 das Kabinett Tambroni zustande, das aber schon im Juli unter dem Druck von massiven Arbeiteraufständen in Ober- und Mittelitalien zurücktreten mußte. Damals brachten Fanfani und Moro den Vorschlag zur Lösung der Dauerkrise durch "die Öffnung nach links" auf, d.h. die Bildung einer großen Koalition mit der Democrazia Christiana, mit den Republikanern, Sozialdemokraten und Sozialisten. Der Democrazia Christiana stand damals das Wasser bis zum Hals. Deshalb war sie auch bereit, das Tabu der Nichtregierungsfähigkeit der "marxistischen" Sozialisten zu brechen. In seiner Einnütigkeit verlangten alle Richtungen der christlichen Basepartei; auch - was man heute gerne vergißt - die erzkonservativen Industriekreise, die Koalition mit den Sozialisten. Die enge Bindung der Sozialisten zu den Kommunisten auf kommunaler und gewerkschaftlicher Ebene übersah man damals großzügig. Man meinte, das Übrige werde sich mit der Zeit schon finden.

Die Sozialisten traten noch nicht in die erste Koalition der linken Mitte ein, die zwar eine kleine Mehrheit hatte, die aber zum Regieren nicht ausgereicht hätte. Die Sozialisten unterstützten sie im Parlament. Unter dem Druck der Verhältnisse nehr das Parlament für italienische Verhältnisse unwälzende Gesetze an, allerdings mit den Stimmen der Kommunisten. In der Democrazia Christiana bekam man mit der Zeit Angst vor der eigenen Courage und so

wurde die Koalition kurz vor den Wahlen im April 1963 wieder aufgegeben.

Diese Wahlen brachten einen kräftigen Schock: jeder vierte Italiener hatte kommunistisch gewählt, die Democrazia Christiana hatte empfindliche Verluste erlitten. Man konnte die Zahlen drehen und wenden wie man wollte, es gab keine andere, regierungsfähige Kombination, als eben wieder die linke Mitte. So war die Lage vor dem XXV. Nationalkongreß der Sozialisten im Oktober 1963. Die Mehrheit dieses Parteitagbeschlusses beschloß damals, die Verhandlungen zur Bildung einer Koalition der linken Mitte weiterzuführen und die Parteiführung zum Eintritt in die Regierung zu ermächtigen. Besondere Bedeutung bekam dieser Beschluß durch die gleichzeitige Distanzierung vom Kommunismus, "weil er weder unabhängig ist, noch je ein unwiderrufbares Bekenntnis zur Freiheit abgelegt hat". Der Beschluß der Mehrheit der Sozialisten, in einer Koalition der linken Mitte mitzuarbeiten, war zweifellos ein Fortschritt, denn niemand kann der Regierung More Stabilität und Erfolg absprechen.

Der XXXVI. Parteitag der Nenni-Sozialisten (10.-14. Nov. 1965) muß im Zusammenhang mit dem Nationalkongreß der Sozialdemokraten im Januar gesehen werden. Beide werden sich mit den Erfahrungen der Politik der linken Mitte kritisch befassen müssen. Ihre wichtigste Aufgabe ist aber der Zusammenschluß der beiden seit 1947 getrennten Parteien. Noch nie sind die Aussichten dazu so gut gewesen wie jetzt, ja man ist versucht zu sagen, die Wiedervereinigung sei eine beinahe zwangsläufige Folge der Politik der Linken Mitte, die zu einer engen Zusammenarbeit und zu einem sehr guten Klima zwischen den beiden Parteien geführt hat.

Die Mehrheit in beiden Parteien ist für den Zusammenschluß. Nenni, der Führer der sozialistischen Mehrheit, ist für einen möglichst frühzeitigen Zusammenschluß, auf alle Fälle noch vor den Wahlen 1968. Generalsekretär de Martino ist ebenfalls - wenn auch zögernder - dafür. Lombardi und die Gruppen der Linken sind gegen die Vereinigung und gegen jede Beteiligung an einer Koalition. Soweit sich das bis jetzt überschaen läßt, verfügen sie über etwa 20 Prozent der Delegiertenstimmen, so daß am Erfolg Nennis nicht zu zweifeln ist.

Die Sozialdemokratische Partei Italiens ist viel einheitlicher und geschlossener. Mit Ausnahme von unbedeutenden linken Splintern ist die ganze Partei für die Vereinigung, allerdings unter Bedingungen, die für die Sozialisten nicht leicht zu erfüllen sind. Die Anerkennung der Grundsätze der Sozialistischen Internationale haben Nenni und - allerdings weniger klar und eindeutig - de Martino schon zugestanden. Schwerer zu erfüllen ist die endgültige Trennung von den Kommunisten auf provinzieller und kommunaler Ebene, sowie die freie Wahl der Gewerkschaft für alle Mitglieder der neuen Partei.

Die Vereinigung der PSDI und PSI kann das Bild des politischen Italiens entscheidend verändern. Geteilt sind die beiden Parteien nicht stark genug, ein entscheidender Faktor zu sein, vereint wären sie eine entscheidende politische Kraft, ein stabilisierendes Element, ein Damm gegen den Kommunismus.

Die Schwedin Alva Myrdal

Diplomatin, Soziologin, Schriftstellerin

Von Pierre Simonitsch

Sechzehn Staaten beehren seit Jahren ausschließlich männliche Diplomaten als Delegationsleiter an die Genfer Abrüstungskonferenz. Nur als Vertreter Schwedens stellt in den oftmals hitzigen Debatten, in welchen komplizierte politische, militärische und wissenschaftliche Fragen aufgeworfen werden, eine Frau ihren Mann: Alva Myrdal.

Jeder Neuling im Palais des Nations, der die zartgebaute und bescheidene Frau den Konferenzsaal betreten sieht, hält sie wahrscheinlich für eine Stenographin. Die Delegationschefs der Großmächte haben sie aber zu respektieren gelernt. Ihre gesunde Aggressivität, wenn es darum geht, den eingeschlafenen guten Willen der "Großen" zu wecken, ihr klarer Stil und ihr Verständnis der Zusammenhänge lassen die schwedische Abrüstungsdelegation eine nützliche Rolle spielen.

"Alva Myrdal; schwedische Diplomatin, Soziologin und Schriftstellerin" steht im "International Who's Who". 16 Zeilen nimmt ihre Karriere ein, über sieben Zeilen reicht die Aufzählung der von ihr verfaßten Bücher. Nur das Geburtsjahr fehlt - ist Frau Botschafterin vielleicht auch ein wenig eitel? In ihrer Studienzeit galt sie als das "Pin-up-Girl" der Stockholmer Universität. Als sie während dieser Zeit ihr erstes Buch, "Die Krise im Bevölkerungsproblem", verfaßte - damals hatte Schweden einen beunruhigend geringen Bevölkerungszuwachs - meinten ihre Mitstudenten: Wenn alle Schwedinnen so hübsch wären wie Alva, gäbe es keine Geburtenstagnation..

Die schöne Alva absolvierte ihre Studien in Stockholm, Uppsala, den Vereinigten Staaten und in Genf. Vor genau dreissig Jahren, nach ihrer Heirat mit dem berühmten Ökonomen Gunnar Myrdal, begann ihr öffentliches Leben - zuerst als Sekretärin der schwedischen Regierungskommission für Frauenarbeit und als Vorsitzende des Bundes werktätiger Frauen. Nach einem längeren Aufenthalt in den USA, wo sie gemeinsam mit ihrem Mann einige sozialkritische Bücher verfaßte (darunter "Ein amerikanisches Dilemma: Das Negerproblem und die schwarze Demokratie"), trat sie Mitte der vierziger Jahre in den diplomatischen Dienst ein. 1945-47 vertrat sie Schweden bei den Konferenzen der Unesco und der Internationalen Arbeitsorganisation. 1949 wurde sie Direktor der Uno-Abteilung für soziale Angelegenheiten, 1951 Direktor der Unesco-Abteilung für soziale Wissenschaften. 1955-61 vertrat sie ihr Heimatland als Botschafterin in Indien, Burma und Ceylon.

Botschafterin Myrdal verdankt ihr diplomatisches Ansehen nicht nur ihrem politischen Verständnis, sondern auch dem Umstand, daß sich ihre scharfen Analysen der Abrüstungsprobleme auf eine phantastische Organisation von 1500 Wissenschaftlern, das schwedische Institut für strategische Studien (FOA), stützen. Dieses mit Elektronenröhren ausgerüstete Institut kann komplizierte Sicherheitsprobleme binnen weniger Stunden lösen. Wenn in Genf ein solches Problem auf der Tagesordnung steht, sendet Botschafterin Myrdal die einzelnen Elemente per Fernschreiber nach Stockholm. Durchschnittlich zwei Stunden später trifft die Antwort ein. Eine Frau Botschafterin am Komputer - das ist wahrscheinlich noch nie dagewesen!